



## Matthias Machnig: Bundesregierung bleibt wirkliche Reform beim EEG schuldig

Matthias Machnig: Bundesregierung bleibt wirkliche Reform beim EEG schuldig  
Zur heute vorgestellten Bilanz zu einem Jahr EEG-Reform erklärt Matthias Machnig, Thüringer Wirtschaftsminister und für Energie- und Umweltpolitik zuständiges Mitglied im SPD-Kompetenzteam: Für Freudenfeste und Selbstbeweihräucherung ist wirklich kein Anlass. Unter Schwarz-Gelb ist die EEG-Umlage in vier Jahren stärker angestiegen als im gesamten Jahrzehnt zuvor. Gegenüber dem Jahr 2009 hat sie sich vervierfacht - das entspricht einem Anstieg der Umlage von 5,27 auf 20,3 Milliarden Euro. Die Bundesregierung hat wahrlich keinen Grund zur Selbstzufriedenheit. Die Länder haben vor einem Jahr einen Kompromiss mitgetragen, um nach Jahren massiver Verunsicherung von Investoren und Verbrauchern wieder etwas Zuverlässigkeit in die deutsche Solarstromförderung zu bringen. Dieser Kompromiss war allenfalls ein erster Schritt hin zu einer wirklichen Strukturreform des EEG. Bei diesem ersten Schritt ist es bis heute geblieben. Wirkliche Reformansätze ist die Bundesregierung schuldig geblieben. Selten hat eine Bundesregierung von Industrie und Energieversorgern solch schlechte Noten für die Energiepolitik bekommen wie die amtierende. Erst heute haben Vorstände von Siemens und E.ON im "Handelsblatt" eine Reform des EEG angemahnt und darauf hingewiesen, dass Energiepolitik immer auch Industrie- und Wettbewerbspolitik sein müsse. Das EEG hat die erneuerbaren Energien aus der Nische geholt. Was wir jetzt brauchen, ist eine grundlegende Weiterentwicklung des Gesetzes. Dazu müssen die Kosteneffizienz erhöht, Ausnahmen für Unternehmen zurückgeführt und der Umlagemechanismus insgesamt so verändert werden, dass Kostenvorteile der erneuerbaren Energien an die Verbraucher weitergegeben werden. Allein im letzten Jahr sind die Großhandelspreise für Strom an der Börse um zehn Euro pro Megawattstunde gesunken. Die Kunden haben aber kaum davon profitiert. Die Bundesregierung ist eine Antwort auf alle diese Probleme bisher schuldig geblieben. Es ist scheinheilig, wenn Altmaier jetzt auf eine rasche Reform nach der Wahl drängt. Schwarz-Gelb hatte vier Jahre Zeit für Reformen. Passiert ist nichts. Dafür muss es am 22. September die Quittung geben. Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Partei Vorstand  
Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin  
Telefon (030) 25991-300, FAX (030) 25991-507  
Herausgeberin: Andrea Nahles  
Redaktion: Tobias Dünow  
e-mail: [pressestelle@spd.de](mailto:pressestelle@spd.de)  
<http://www.spd.de>  


### Pressekontakt

SPD

10963 Berlin

[pressestelle@spd.de](mailto:pressestelle@spd.de)

### Firmenkontakt

SPD

10963 Berlin

[pressestelle@spd.de](mailto:pressestelle@spd.de)

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.)  
Zukunftsgerecht in Europa  
Gerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäischen Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung. Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatsmodells wollen wir im Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....